

Positionen  
zum  
bedingungslosen  
existenzsichernden  
Grundeinkommen



Ein neues Lied, ein besseres Lied,  
O Freunde, will ich euch dichten!  
Wir wollen hier auf Erden schon  
Das Himmelreich errichten.  
Wir wollen auf Erden glücklich sein  
Und wollen nicht mehr darben;  
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,  
Was fleißige Hände erwerben.  
Es wächst hienieden Brot genug  
Für alle Menschenkinder,  
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,  
Und Zuckererbsen nicht minder  
Ja Zuckererbsen für jedermann,  
Sobald die Schoten platzen!  
Den Himmel überlassen wir  
Den Engeln und den Spatzen.

Heinrich Heine

„Deutschland. Ein Wintermärchen“

Positionen  
zum  
bedingungslosen  
existenzsichernden  
Grundeinkommen

Ein Diskussionspapier      Stand: April 2007

Arbeitsgruppe Grundeinkommen  
des Arbeitskreises Arbeitslosigkeit  
der IG Metall – Verwaltungsstelle Berlin

# 1. Arbeitslosigkeit ohne Ende

## 1.1. Fortschritt und Fehlentwicklung

Das Kapital<sup>1</sup> strebt danach, sich zu vermehren. Das ist seine Existenzbedingung. Produktionsmittel und Arbeitskräfte werden derart zusammengeführt, dass nach dem Produktionsprozess mehr Werte existieren als vorher - auf immer höherer Stufe, immer wieder - vorausgesetzt, der Absatz klappt. Dies funktioniert immer dann, wenn dieser Prozess so effektiv wie möglich erfolgt. Je kostengünstiger produziert wird, umso höher ist der Gewinn. Es ist die Schlacht um die Nachfrage; einige Produzenten werden immer größer, andere bleiben auf der Strecke.

Durch den Drang, immer effektiver zu produzieren, werden Wissenschaft und Technik vorangetrieben. Überall werden Computer eingesetzt, Informationen vernetzt, Arbeitsgänge durch computergesteuerte Maschinen ausgeführt, Prozesse automatisiert, Arbeitsorganisation optimiert. Dadurch ist es möglich geworden, einen Überfluss an Produkten und Dienstleistungen zu schaffen, der für alle Menschen ein gutes Leben garantieren könnte.<sup>2</sup>

Die Computer und Maschinen verdrängen immer mehr Arbeitskräfte<sup>3</sup>. Eigentlich müsste die Reduzierung der Arbeit gefeiert werden, weil die geschaffene freie Zeit für mehr Lebensqualität genutzt werden könnte.

Dies ist aber nicht der Fall. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer mehr Arbeitskräfte werden aus dem Arbeitsprozess heraus gedrängt, weil sie nicht mehr profitabel einsetzbar sind. Das bedeutet Verlust an Einkommen für die Betroffenen und somit die Reduzierung von Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Dieser Prozess wird dadurch beschleunigt, dass das Kapital Märkte erschließt, auf denen es bessere Absatzmöglichkeiten, bessere Produktionsbedingungen beziehungsweise billigere Arbeitskräfte vorfindet. Zurück bleiben immer mehr Menschen ohne Arbeit oder in prekärer Beschäftigung (Zeitarbeit, Befristungen, Teilzeit, Mini- und Ein-Euro-Jobs), die immer weniger Nachfrage erzeugen können. Fatale Folgen sind Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses, zunehmende Armut und fehlende Zukunftsperspektiven.

Das ungebremste Profitstreben geht damit einher, dass der gesellschaftliche Reichtum immer weniger allen zugute kommt. Er wird genutzt, um die Herrschaft über die Menschen auszubauen.

Damit kehrt sich der gesellschaftlich produzierte Reichtum gegen die Menschen, die ihn erschaffen.

---

<sup>1</sup> Kapital ist eine werthaltige Sache, die zur Vergrößerung ihres eigenen Wertes eingesetzt wird. Geld kauft Arbeit und Produktionsmittel, um das Produkt mit Gewinn zu verkaufen, oder es wird als Kredit vergeben, um ein eben solches Geschäft in Gang zu setzen ( $G - W \dots W' - G'$ ).

<sup>2</sup> Trotz sinkendem Arbeitsvolumen stiegen Kapitalstock und Wertschöpfung je Einwohner seit etwa 1950 steil an, so dass schon heute ein besseres Leben für viele Menschen möglich ist.

Manuel Franzmann, Was spricht für die Einführung eines bedingungslos gezahlten, ausreichenden Grundeinkommens?, 2. Treffen des Netzwerkes Grundeinkommen, Berlin, 11.-12.12.04, s. S. 7, Schaubild 12

<sup>3</sup> Künftig sollen nur 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung für die Produktion von Waren und Dienstleistungen benötigt werden.

Hardy Krampentz, Es ist genug für alle da!, taz Nr. 7711 vom 9.7.05, Seite 4

## 1.2. Die „Vollbeschäftigungslüge“

Das Kapital braucht zur Profitmaximierung ideale Rahmenbedingungen. Diese sieht es als gefährdet an. Die Menschen hinterfragen nämlich zunehmend die Notwendigkeit uneingeschränkter Bewegungsfreiheit für das Kapital, weil damit die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen einhergeht<sup>4</sup>. Ihnen wird suggeriert, dass hohe und höchste Gewinne die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der Gesellschaft darstellen. Alles, was dem unternehmerischen Gewinnstreben entgegensteht, ist also schädlich und hat zu unterbleiben.

Mit dem Ziel für die breite Akzeptanz der Kapitalinteressen zu werben, gründete der Arbeitgeberverband Gesamtmetall die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“<sup>5</sup>. Dafür werden gewaltige Ressourcen (10 Millionen Euro jährlich) eingesetzt. Spezielle „Botschafter“, darunter viele Politiker, propagieren über alle Medien neoliberale Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Lösungsmuster sind vor allem Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital durch Senkung der Unternehmenssteuern, der Lohn- und Lohnnebenkosten, Verbesserung des Investitionsklimas ...

Die Politiker versprechen Wirtschaftswachstum und damit verbundene Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Das geht jedoch nicht so weit, dass ein Recht auf Arbeit verfassungsmäßig festgeschrieben wird. Hier lehnen sie eine umfassende Verantwortung ab. Darin zeigt sich die Unglaubwürdigkeit ihrer Versprechungen<sup>6</sup>.

Als Ursachen für die gesellschaftlichen Krisensymptome werden zum Beispiel die Arbeitnehmerrechte und der Sozialstaat benannt<sup>7</sup>.

Mit einem Programm des Demokratieabbaus werden die Arbeitnehmerrechte zurück gedrängt. Den Gewerkschaften soll unter anderem die Tarifautonomie beschnitten werden; die Direktionsrechte der Arbeitgeber sollen durch die Schwächung der Betriebsräte gestärkt werden; mit dem Abbau des Kündigungsschutzes und der Erleichterung von Befristungen sollen Einstellungshinderungsgründe beseitigt werden. Die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich wird als Patentrezept im internationalen Standortwettbewerb ausgegeben.

Mit dem Umbau des Sozialstaates in Form eines beispiellosen Sozialabbaus ist die Reduzierung der Lohnnebenkosten geplant, die angeblich zu hoch sind und für das Anwachsen der Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. So wird die paritätische Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung aufgeweicht, Leistungen werden reduziert und Leistungsempfänger zu Sozialparasiten<sup>8</sup> abgestempelt und wie im Falle der Arbeitslosen mit Sanktionen belegt<sup>9</sup>. Welch eine Ungleichbehandlung gegenüber Wirtschaftskriminellen!

Alles, was diese Politik hervorbringt, ist ein Ansteigen der Profite und der Arbeitslosigkeit. Damit rückt die Vollbeschäftigung in immer weiterer Ferne. Die Kaufkraft schwindet und die Lebensverhältnisse verschlechtern sich.

Die Spirale dreht sich abwärts. Es ist kein Ende in Sicht.

---

<sup>4</sup> Risse im System, DER SPIEGEL, 15.04.2006, S. 90

<sup>5</sup> Dr. Rudolf Späth, Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Hans-Böckler-Stiftung, August 2004

<sup>6</sup> Jeremy Rifkin, Langfristig wird die Arbeit verschwinden, Stuttgarter Zeitung, 29.04.05

<sup>7</sup> Wiegand Cramer, Ist Deutschland noch zu retten? - Vor wem oder was denn eigentlich?, 08.09.04

<sup>8</sup> Untersuchungen zeigen, dass die öffentliche Polemik haltlos ist. Daniela Weber, Wer sitzt in der Armutsfalle?

<sup>9</sup> Selbst der Papst bezeichnet einen so handelnden Staat als Räuberbande  
Papst: Gerecht muss der Staat sein, Tagesspiegel, 26.01.06, S. 1

### **1.3. Risikogesellschaft**

Der Arbeitnehmer trägt immer mehr das Risiko im Produktionsprozess. Er hat mit Einkommenseinbußen, Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen klar zu kommen. Dieses Risiko ist zugleich ein Risiko für die Existenzgrundlagen der Menschen, weil die notwendigen Einkommen nicht kontinuierlich fließen. Der Staat ist wegen eines hohen Verschuldungsgrades immer weniger in der Lage, für einen gesellschaftlichen Ausgleich zu sorgen. Die Vorsorge für die Risiken, wie Krankheit<sup>10</sup>, Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit wird immer stärker privatisiert und für Menschen mit einem Einkommen auf Sozialhilfeniveau unmöglich.

Die Gesellschaft spaltet sich in Arme und Reiche, Beschäftigte und Arbeitslose, Gesunde und Kranke, Alte und Junge ... Die Solidargemeinschaft wird immer mehr aufgegeben. Die Unternehmer werden aus der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme entlassen und die Arbeitnehmer durch höhere Eigenbeteiligung belastet. Immer größere Teile der Bevölkerung werden von der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Sie können ihre Bürgerrechte aus finanziellen Gründen nur noch eingeschränkt wahrnehmen und drücken damit entstehende Demokratiedefizite aus, wie zurückgehende Ehrenamtlichkeit, kultureller Verfall, eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten<sup>11</sup>.

Die Menschen spiegeln diese Krisensituation wider und entwickeln eigene Bewältigungsmuster, wie Politikverdrossenheit und nachlassende Wahlbeteiligung. Statt sich gegen die wahren Ursachen zu engagieren, wenden sie sich, beeinflusst von der Politik, gegen die schwächsten Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft, z. B. gegen Ausländer, Arbeitslose und Obdachlose. Es gibt jedoch auch hoffnungsvolle Aktivitäten wie Montagsdemos, Gründung neuer Parteien und Initiativen, die Lösungsmuster anstreben, die von einer solidarischen Gesellschaft ausgehen.

## **2. Ende der Arbeitslosigkeit**

### **2.1. Bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen**

Die Menschen haben ein Recht auf Leben. Wir verstehen darunter ein menschenwürdiges Leben, dass durch die derzeitige Grundsicherung (zum Beispiel ALG II) nicht gewährleistet wird. Wir kritisieren an der derzeitigen Grundsicherung die Höhe der Regelleistungen, die nicht vor Armut schützen, sondern nur der nackten Existenzsicherung dienen. Darüber hinaus schließt die strenge Bedürftigkeitsprüfung viele Menschen von den Leistungen aus. Es wird ein Arbeitszwang praktiziert, der Arbeitslose in nicht vorhandene Arbeit zwingt.

Das Recht auf (ein menschenwürdiges) Leben erfordert eine materielle Absicherung. Ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen stellt unseres Erachtens diese Absicherung dar. Dieses Grundeinkommen soll jedem Menschen zustehen und wird ihm, unabhängig vom Alter, von seiner Einkommenssituation und vom Zwang einer Tätigkeit nachzugehen, garantiert werden. Seine Höhe soll Armut verhindern und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen, sodass eine freie Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht wird.

Das Recht auf Arbeit bekommt damit einen neuen Sinn, weil Arbeit nicht auf den Begriff Lohnarbeit reduziert wird, sondern alle gesellschaftlich notwendige Arbeit

---

<sup>10</sup> Selbst Erwerbstätige laufen zunehmend Gefahr, nicht mehr krankenversichert zu sein. Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 2004

<sup>11</sup> Dr. M. Opielka, Grundeinkommen statt Hartz IV

beinhaltet. Dazu gehören solche durch die Gesellschaft anerkannte Tätigkeiten wie Kindererziehung, Ehrenamtlichkeit usw.<sup>12</sup>.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der bisher hauptsächlich der Profitmaximierung dient, kommt künftig der ganzen Gesellschaft zugute. Dies ermöglicht, den gesellschaftlichen Reichtum dazu zu nutzen, die individuellen und kollektiven Bedürfnisse besser zu befriedigen. Durch die Freisetzung der kreativen Ressourcen wird die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigt werden<sup>13</sup>.

## **2.2. Die gesellschaftliche Entwicklung nimmt einen neuen Verlauf**

Die Gewährung des Grundeinkommens ist ein entscheidender Schritt, Arbeit und Einkommen für alle zu entkoppeln, wie es bereits jetzt für einen kleinen Teil der Bevölkerung Alltag ist. Wenn die Prediger des Arguments, „wer nicht arbeitet, soll nicht essen“, es ernst meinten, wären sie bereits verhungert. Es gibt sie jedoch noch, die Millionäre, die ein leistungsloses Einkommen beziehen, in Steueroasen wohnen und auf die „Sozialschmarotzer“ in der Gosse von oben herabblicken.

Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch das Grundeinkommen lenkt entgegen den heutigen Umständen folgende Entwicklungstendenzen ein:

Der Arbeitslosigkeit wird der Schrecken der Perspektivlosigkeit genommen. Auf der Basis eines gesicherten Einkommens wird nicht nur die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern gestärkt, auch die Konkurrenz um die Arbeitsplätze tritt in den Hintergrund. Der fehlende Zwang, durch Arbeit sein Einkommen zu sichern, gibt der Entwicklung humaner Arbeitsbedingungen einen neuen Schub. Eigenmotivation und Engagement der Arbeitnehmer erhöhen sich. In einer Gesellschaft, in der zunehmend Wissen und Kreativität für das Überleben der Unternehmen notwendig sind, kommen die Entwicklungen auch diesen zugute.

Die Verkürzung der notwendigen Arbeit wird auf alle gleichmäßiger verteilt, weil der Druck, überlange Arbeitszeiten zu akzeptieren, entschwindet. Die gewonnene Zeit ermöglicht es zum Beispiel, gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten in der Familie einen größeren Raum zu geben. Dies wird positive Effekte auf die Bildung und Erziehung der nachwachsenden Generation auslösen. Kinderwünsche können wieder realisiert und Ältere besser in Familien integriert und betreut werden.

Die gewonnene Zeit und ein gesichertes Einkommen ermöglichen auch bessere Zugänge zu Bildung und Kultur. Dies wird entscheidend zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen und positiv auf den Arbeitsprozess und das gesellschaftliche Zusammenleben ausstrahlen. Die Menschen können sich Dingen widmen, die ihren Interessen entsprechen. Dadurch wächst die Vielfalt menschlicher Aktivitäten, der Kreativität werden immense Entwicklungspotenziale gegeben und neue Ressourcen erschlossen.

Der Sozialstaat wird von seiner lohnzentrierten Ausrichtung befreit. Er wird auf Repressalien verzichten. Die Bürokratie wird abgebaut. Viele Sozialtransfers (zum Beispiel Kinder- und Bildungsgeld, BAföG, Sozialhilfe sowie Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ältere und Erwerbsgeminderte) gehen in dem Grundeinkommen bis zu dessen Höhe auf, ohne höhere erworbene Ansprüche zu kappen. Die Menschen brauchen keine prekäre Beschäftigung zu befürchten, sie werden unterstützt, aus freiem Ermessen ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen. Das

---

<sup>12</sup> Liselotte Wohlgenannt, Thesen zum Grundeinkommen

<sup>13</sup> Blaschke/Kipping, Angriff von Innen

individuelle Recht auf unkontinuierliche Beschäftigung wird in diesem Sozialstaat verwirklicht.

Die Gesellschaft wird auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Die Menschen werden die Freiheit besitzen, sich in alle Angelegenheiten ihres Zusammenlebens einzumischen. Dadurch wird die demokratische Entwicklung eine neue Qualität gewinnen. Die Toleranz untereinander wird gefördert, weil die Existenzängste als Nährboden der Intoleranz beseitigt werden.

Der Bürger wird die Entwicklung vom „Arbeitsbürger“ zum Menschen vollziehen<sup>14</sup>.

### 3. Der Anfang vom Ende

Die Durchsetzung der Grundeinkommensforderung erfordert einen entsprechenden Erkenntnisprozess, der gesellschaftlich organisiert werden muss<sup>15</sup>. Dabei können Gewerkschaften eine herausragende Rolle spielen<sup>16</sup>, weil sie parteiunabhängig agieren können. Innerhalb der IG Metall lässt sich an die Erkenntnisse aus der Initiative „fair teilen“ und dem Arbeitnehmerbegehren anknüpfen.

Notwendig ist vor allem eine Kritik der bestehenden Verhältnisse, verbunden mit dem Aufzeigen von Alternativen<sup>17</sup>, die auch Finanzierungsmodelle<sup>18</sup> beinhalten müssen. Unsere Vorstellungen laufen darauf hinaus, die jetzige soziale Grundsicherung schrittweise so zu entwickeln, dass sie in einem bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommen aufgehen kann. Dies wollen wir im Folgendem kurz darstellen.

#### a) Abschaffung der gesetzlichen Zumutbarkeitsregeln

Weil nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, ist es unsinnig, Sanktionsmechanismen für Arbeitslose zu praktizieren, die sich nur auf Leistungskürzungen reduzieren und nicht zu mehr Beschäftigung führen. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung der gesetzlichen Zumutbarkeitsregeln. Arbeitslose sollten statt dessen nur in Tätigkeiten vermittelt werden, die ihrer vorhandenen wie neu zu erwerbenden Qualifikation entsprechen. Das würde für die Betroffenen einen großen Freiheitsgewinn bedeuten. Sie wären befreit von sinnlosen Bewerbungsaktivitäten und dem damit verbundenen Aufwand. Dieser Freiheitsgewinn könnte produktiv genutzt werden, zum Beispiel für Qualifizierung, ehrenamtliche Arbeit und Familienarbeit. So könnte es möglich sein, dass Erwerbslose, ausgestattet mit den nötigen finanziellen Mitteln durch die Arbeitsagentur, sich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung außerhalb der privaten Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung suchen (zum Beispiel in Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen...).

---

<sup>14</sup> Ein hervorragendes Thesenpapier fasst alle Aspekte zur Einführung eines Grundeinkommens zusammen. Blaschke, Warum ein Grundeinkommen? Zwölf Argumente und eine Ergänzung, Dresden 2005

<sup>15</sup> Das Netzwerk Grundeinkommen fordert die Parteien und den Bundestag auf, sich für die Einführung eines bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommens einzusetzen, Blaschke, Politische Erklärung des SprecherInnenkreises des Netzwerkes Grundeinkommen, Berlin, 16.12.05

<sup>16</sup> Das Grundeinkommen hat das Potential, die Rolle der Gewerkschaften zu stärken. Es bedarf der stärkeren Diskussion dieses Themas in den Gewerkschaften, dass diese dies explizit wahrnehmen, Blaschke, Bedingungsloses Grundeinkommen und Gewerkschaften, Dresden, Mai 2005

<sup>17</sup> Johannes M. Becker, Wird das Land des „Exportweltmeisters“ zum Armenhaus für Millionen? Überlegungen zum gesellschaftlichen Reichtum Deutschlands, 25.10.04

<sup>18</sup> Ideen für Modelle zur Finanzierung eines Grundeinkommens erarbeiteten  
- attac, Ein hypothetisches Finanzierungsbeispiel für die Einführung eines Grundeinkommens  
- Katja Kipping, Und weil der Mensch ein Mensch ist ..., s. Pkt. 4.2.

Wir befürchten dadurch nicht eine umgreifende „Faulheit“, sondern vertreten die Auffassung, dass ein Zusammenleben aller auf Grundlage eines bedingungslos gewährten Grundeinkommens möglich ist, ohne dass ein Teil der Menschen untätig ist und ein anderer Teil diese Menschen ohne Gegenleistung bedient. Das gesellschaftliche Leben wird nicht zusammenbrechen, wie es nicht durch die Abschaffung der Sklaverei, die auf persönlichem Zwang beruhte, zusammenbrach. Die Menschen werden Alternativen zum heutigen ökonomischen Zwang finden, um sich zu organisieren.

#### **b) Anhebung der Regelsätze**

Der derzeitige Regelsatz in Höhe von 345 € wurde willkürlich festgelegt und ist nicht bedarfsdeckend. In einem ersten Schritt fordern wir die sachgerechte Festlegung des Regelsatzes auf Basis der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Dies bedeutet eine sofortige Anhebung der Regelsätze auf mindestens 420 Euro<sup>19</sup>. Aber selbst diese Höhe sehen wir nicht als bedarfsgerecht an. Die Pfändungsfreigrenze könnte Orientierung für eine anzustrebende Mindestgröße sein. Als Weg dahin sind die Regelsätze jährlich stärker anzuheben als der Preis-Index steigt, bis sie einem existenzsichernden Einkommen entsprechen.

#### **c) Gleiche Regelsätze für alle Bedürftigen**

Die Regelsätze sind nicht für alle Bedürftigen gleich hoch. Kinder, Jugendliche sowie Lebenspartner erhalten reduzierte Leistungen. Wir fordern gleiche Regelsätze für alle.

#### **d) Bedürftigkeitskriterien abschaffen**

Die Regelsätze sind nach und nach in ein Grundeinkommen zu überführen. Alle Menschen, auch die in Erwerbsarbeit, kommen so in den Genuss eines Grundeinkommens, das bedingungslos, also ohne Bedürftigkeitsprüfung, neben sonstigen Einkünften gezahlt wird.

Wichtig erscheint uns, mit diesem Schritt vor allem Erwerbstätigen die Möglichkeit zu eröffnen, sich teilweise aus dem Erwerbsleben heraus zu ziehen und anderen, für sie wichtige Tätigkeiten, nachzugehen.

#### **e) Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit**

Wir fordern eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die bereits heute dazu führen könnte, dass die zu leistende Erwerbsarbeitszeit gerecht verteilt wird. Die Auffassung „sozial ist, was Arbeit schafft“ greift zu kurz, weil sie ignoriert, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen Erwerbsarbeit nicht für alle möglich ist. Der aktuellen Tendenz, der Zunahme der Erwerbsarbeitszeit in einigen Bereichen auf der einen Seite, steht ihre drastische Reduzierung auf der anderen Seite gegenüber (Minijobs, Arbeitslosigkeit). Bei Gewährung eines bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommens stellt die kürzere Erwerbsarbeitszeit eine Bedingung dafür dar, dass die gewonnene freie Zeit für andere notwendige Tätigkeiten zur Verfügung steht.

---

<sup>19</sup> Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband...

## f) Existenzsichernde Mindestlöhne

Wir fordern existenzsichernde Mindestlöhne. Auch unter den Bedingungen eines bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommens ist ein Mindestlohn wichtig, damit die Löhne nicht deshalb ins Bodenlose sinken, weil das Grundeinkommen das Leben der Menschen absichert. Dies würde zu steigenden Profiten und nicht zur Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Reichtum führen.

Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Mindestlohn stellen unseres Erachtens somit entscheidende Faktoren im Bedingungsgefüge für ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen dar.

Nun kommt das Lieblingsargument aller Pessimisten und Gegner eines bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommens: Das ist alles nicht zu finanzieren.

Zunächst sprechen wir uns für eine direkte Auszahlung des Grundeinkommens aus. Ob Lohnabrechnung, Renten-, Arbeitslosengeld-, Kindergeld- oder sonstiger Bescheid, überall taucht das Grundeinkommen auf und vermittelt dem Empfänger, dass er sozial abgesichert ist, unabhängig von seiner Stellung in der Gesellschaft. Egal, was sich an dieser Stellung ändert, das Grundeinkommen ist immer präsent.

Wie die Verteilung der Gelder organisiert wird, soll an dieser Stelle keine Rolle spielen. Wichtig ist die Frage, woher sie kommen! Die Wertschöpfung ist für die Finanzierung des Grundeinkommens zu berücksichtigen. Nur so kann garantiert werden, dass die erarbeiteten Werte der Gesellschaft und nicht nur einigen Wenigen zugute kommen.

Trotzdem wird es sich nicht vermeiden lassen, innerhalb der Einkommen umzuverteilen. Da bei Gewährung eines Grundeinkommens viele andere Sozialleistungen darin aufgehen, wird weniger Personal für deren Bearbeitung gebraucht. Daraus ergeben sich Einspareffekte, die zur Finanzierung herangezogen werden können.

Viele Wissenschaftler vertreten die Auffassung, dass ein Grundeinkommen durchaus finanzierbar ist. Durch eine moderate Erhöhung der Einkommenssteuer von zwei Prozent wäre auf der Datenbasis von 1998 ein Grundeinkommen in Höhe von 1000 DM möglich gewesen.<sup>20</sup> Hinzu kommt, dass auch an Modellen für ein Naturressourcen-Grundeinkommen gearbeitet wird.<sup>21</sup> Hierbei wird die ökologische Frage eng mit der sozialen Frage verknüpft, letztendlich handelt es sich um die beiden entscheidenden Grundfragen der Menschheit. Bei näherer Betrachtung all dieser Modelle bleibt festzustellen, dass die Behauptung, ein Grundeinkommen wäre nicht finanzierbar, zur Killerphrase verkommt und nur ausdrückt, dass alles schön beim Alten bleiben soll. Die Interessenvertretung für das Kapital schaut aus jedem Fenster, egal ob gewollt oder nicht. Uns geht es nicht um eine fixe Idee von einem Schlaraffenland, uns geht es um ein Vortasten in Regionen, in denen das Potential der Menschen für die Gesellschaft gehoben wird, was natürlich eine starke ökonomische Basis einschließt<sup>22</sup>.

---

<sup>20</sup> Helmut Pelzer, Ute Fischer, „Bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ – Ein Vorschlag zur Gestaltung und Finanzierung der Zukunft unserer sozialen Sicherung, Ulm/Dortmund, August 2004

<sup>21</sup> Alwine Schreiber-Martens, Das „Ressourcen-gestützte“ Grundeinkommen, Fairconomy, Nr. 2, September 2005

<sup>22</sup> Ulrich Busch, Schlaraffenland eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens

Die Finanzierung des Grundeinkommens wird die Änderung des jetzigen Steuersystems bedingen. Dies ist jedoch nicht Gegenstand unserer Betrachtung. Wir unterstützen die Forderung nach einer solidarischen Einfachsteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung der Erbschaftssteuer.

\*

Die Tendenz, dass die Arbeitnehmer einen immer kleineren Teil des Volkseinkommens für sich in Anspruch nehmen können, ist leider statistisch verbürgt.

Seit Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist es der Gesellschaft nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Es ist nicht zu erwarten, dass alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen einen Erwerbsarbeitsplatz erhalten, von dessen Einkommen sie leben können. Auch wird durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität die Tendenz verstärkt, dass in Zukunft immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden.

Darum ist es an der Zeit, dass in der Gesellschaft über andere Formen des Lebensunterhalts für die Menschen nachgedacht wird. Dieses Nachdenken wollen wir mit dem Papier wieder anregen und damit an die Diskussion aus dem Projekt „fair teilen“ anknüpfen. Es scheint an der Zeit, dass sich auch die Gewerkschaften in die Diskussion einbringen.

Arbeitsgruppe Grundeinkommen des Arbeitskreises Arbeitslosigkeit  
der IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin

# Inhaltsverzeichnis

1. Arbeitslosigkeit ohne Ende.....	- 4 -
1.1. Fortschritt und Fehlentwicklung .....	- 4 -
1.2. Die „Vollbeschäftigungslüge“ .....	- 5 -
1.3. Risikogesellschaft.....	- 6 -
2. Ende der Arbeitslosigkeit .....	- 6 -
2.1. Bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen .....	- 6 -
2.2. Die gesellschaftliche Entwicklung nimmt einen neuen Verlauf .....	- 7 -
3. Der Anfang vom Ende.....	- 8 -

